ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Chaloupek, Günther

Article

"Schneller, höher, stärker" - oder vielleicht das Gegenteil

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Chaloupek, Günther (2001) : "Schneller, höher, stärker" - oder vielleicht das Gegenteil, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 27, Iss. 2, pp. 219-227

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332595

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KOMMENTAR

„Schneller, höher, stärker" – oder vielleicht das Gegenteil

Günther Chaloupek

Absolute Gewißheit darüber zu haben, wer „der Beste" im Land, in Europa oder auf der Welt ist, entspricht offenbar einem unwiderstehlichen Bedürfnis. Von archaisch-märchenhaften Ursprüngen abgesehen, wird dieses Bedürfnis wohl hauptsächlich durch die „wichtigste Nebensache" der Welt genährt, den Sport. Im Sport lassen sich solche absoluten Urteile vergleichsweise leicht fällen, doch stellen sich auch hier auf relativ niedriger Stufe der Komplexität des Sachverhalts immer wieder Fragen nach dem adäquaten System der Besten-Ermittlung: Punktesystem nach Muster „Weltcup" oder Weltmeisterschaft als Einzelwettkampf etc.

Bei größerer Vielfalt der Eigenschaften bzw. der Zahl der Variablen, die bei einem Bewertungsobjekt zu berücksichtigen sind, ist es dann nicht ohne weiteres möglich, zu einem absoluten Urteil zu gelangen, wenn die Rangordnungen bei den verschiedenen Variablen differieren. Ein absolutes Urteil ist in diesem Fall meist nur noch möglich, wenn es auf eine objektive, d.h. allgemein akzeptierte Gewichtung der Bedeutung der Variablen gestützt werden kann, und das ist praktisch nie der Fall. Solche Schwierigkeiten hindern aber gewisse selbsternannte preisrichterliche Instanzen nicht, dennoch zu absoluten Urteilen nicht nur hinsichtlich des „Besten" zu kommen, sondern auch dessen, wem der zweite, dritte Platz etc. gebührt. Ja, es wird die Frage als permanente Herausforderung verstanden und durch das mathematische Verfahren der Addition und Durchschnittsbildung über die verschiedenen Variablen das gewünschte Resultat erzeugt.

Ein Beispiel dafür aus allerjüngster Zeit ist die Veröffentlichung der 5 plus 27 „Strukturindikatoren" durch die EU-Kommission. Man kann über Sinn und Wert dieser durch EU-Ratsbeschlüsse zu besonderer Dignität erhobenen Indikatoren kritischer Meinung sein – immerhin läßt sich jeder einzelne Indikator für irgendeinen sinnvollen Zweck argumentieren. Weder EcoFin-Rat noch EU-Kommission wollten auf diese Weise eine „Europameisterschaft" veranstalten – daß sie dennoch gespielt wurde, war aber unvermeidlich und auch vorhersehbar. In Österreich war die Wochenzeitschrift FORMAT als erste am Ball, um eine entsprechende Europarangliste auf Basis der 27 Indikatoren aufzustellen, und man kann sicher sein, daß jede neue Indikatorenveröffentlichung der EU-Kommission umgehend Meldungen auslösen wird, Land W habe sich um x Ränge verbessert, während Land Y sich um z Ränge verschlechtert habe.

Eine etwas andere Form der absoluten Ranglisten sind diejenigen über die „besten Wirtschaftstandorte" bzw. über die „internationale Wettbewerbsfähigkeit".

Länder-Ranglisten

Derartige Ranglisten werden regelmäßig von Organisationen und Institutionen erstellt,[3] die sich die Propagierung eines möglichst großen Maßes an wirtschaft-

licher Freiheit im Sinne von möglichst freien Entscheidungsmöglichkeiten für Unternehmungen – unbehindert von Arbeits- und Sozialgesetzen, steuerlichen Belastungen und Gewerkschaften – zum Ziel gesetzt haben. So gesehen entziehen sich die von solchen Institutionen erstellten Indizes einer Kritik durch ökonomisch-theoretische oder empirische Argumente. Wenn „wirtschaftliche Freiheit" z.B. in dem erwähnten Sinn von den Erstellem des „Economic Freedom Index" als „Selbstzweck" („end in itself")[4] verstanden wird, dann kann man fragen, auf welcher Grundlage und mit welcher Berechtigung, aber es läßt sich nicht mit Nachteilen irgendwelcher Art gegen die Verwirklichung dieses „Selbstzwecks" argumentieren, außer ein anderer Selbstzweck wird als höherrangig oder zumindest gleichrangig gesetzt.

Hier beginnt das Dilemma aller dieser Ranglisten und Indizes, da sie nicht negieren können, daß es auch andere „Selbstzwecke" wirtschaftlicher Aktivität gibt, vor allem das Ziel der Wohlstandsmehrung bzw. des Wachstums des Sozialprodukts. Das schwierige Problem der Abwägung von Wohlstand, bei dem auch eine gewisse, selbst von F.A. Hayek anerkannte minimale Verteilungskomponente nicht ausgeschlossen werden kann, gegenüber wirtschaftlicher Freiheit kann dabei auf zwei Arten behandelt, wenn auch nicht gelöst werden.

- Durch Zusammengewichtung einer Mehrzahl oder meist Vielzahl einzelner Indikatoren: Diese Methode kann aber keinerlei wissenschaftliche Objektivität für sich beanspruchen, sondern spiegelt immer nur die Selektion der Einzelindikatoren und die Art ihrer Aggregation wider. Auch noch so viele Rechenvorgänge (immer von ganz simpler Art) können hier keine Objektivität erzeugen.
- Durch die explizite, meistens aber stillschweigend aufgestellte Hypothese, daß ein – allerdings zu definierendes – Maximum an wirtschaftlicher Freiheit auch ein – ebenfalls zu definierendes – Maximum an Wohlfahrt hervorbringt.

Nur der zweite Ansatz kann auf seine empirische Richtigkeit untersucht werden. Eine solche Überprüfung stößt wieder auf einige, schwer überwindbare Schwierigkeiten, aber immerhin sind gewisse einfache Plausibilitätstests möglich und auch sinnvoll, ohne daß sie definitive Klarheit in der Sache zu schaffen in der Lage sind.

Die Rangliste von Lehman Brothers[5]

Es ist keine einzige ernst zu nehmende Wirtschaftsforschungsinstitution zu finden, die Länder-Ranglisten erstellt, welche den Anspruch auf eine Reihung „besser-schlechter" nach einem einzigen Maßstab erhebt. Solche Ranglisten werden nur von ideologisch gebundenen, meist wirtschaftsliberal orientierten Instituten produziert, seltener – wie in jener von Lehman Brothers – von Unternehmungsberatungsfirmen.

Die Lehman Brothers-Studie (LB) geht im Vergleich zu den bekannteren Machwerken dieser Art seriöser, wenn auch nicht wirklich seriös vor. Sie imitiert mit variierten Mitteln den Untersuchungsansatz, welcher viele Studien der OECD in den neunziger Jahren geprägt hat: Unter den Begriffen „Strukturpolitik" und „Strukturreform" wurden Struktureigenschaften des Arbeitsmarktes, der Kapitalmärkte, der Produktmärkte und des Steuersystems bzw. des öffentlichen Sektors als Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen *Performance* eines Landes untersucht. Ähnlich unternimmt es die LB-Studie, „die Bedeutung mikroökonomischer oder struktureller Reformen für die makroökonomische Entwicklung zu untersuchen". Das bedeutet, daß die LB-Studie den Anspruch erhebt, die gesamtwirtschaftliche *Performance* durch die in dieser Studie konstruierten Indikatoren kausal zu erklären.

Die relevanten strukturpolitischen Variablen werden dabei in drei Gruppen eingeteilt: „potential growth", „NAWRU",[6] „prices". Dabei wird der Anspruch erhoben, daß „quantifiying the importance of structural policies in this way provides the first step in understanding how policymakers can improve macroeconomic performance by embracing structural reforms." Es wird also auf der einen Seite ein dubioses Verfahren der Konstruktion von (letztlich willkürlich) kombinierten Indikatoren dazu verwendet, um andererseits empirisch eindeutig bestimmte Indikatoren wie BIP-Wachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit zu erklären.

Positiv ist bei der LB-Studie zu vermerken, daß der Vergleich ein homogenes Ländersample umfaßt, nämlich die EU und 7 entwickelte Länder außerhalb Europas. Andere Studien dieser Art sind von vornherein mit dem Mangel behaftet, daß sie Länder mit völlig unterschiedlichen Entwicklungsniveaus vergleichen, ohne jegliche Datenkritik und ohne Verständnis dafür, daß ein bestimmter Indikator unter stark unterschiedlichen wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen auch eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben kann. Die LB-Studie hält sich viel darauf zugute, daß ihre Datenbasis rund 400 Variable für 21 Länder umfaßt. Diese 400 Indikatoren werden in drei Obergruppen und unter diesen wieder in jeweils vier Subgruppen zusammengefaßt. Die Schwierigkeit bei den meisten Indikatoren ist allerdings, daß sie entweder streng quantitativ überhaupt nicht oder mit willkürlichen Festlegungen höchstens in einer Rangordnung zu „quantifizieren" sind. Von der Willkürlichkeit der Rangzuweisungen abgesehen, haben Rangordnungen auch noch die Eigenschaft, daß sie nur ordinale und keine kardinalen Skalen sind, also die Größe des Abstandes zwischen den Rängen, die höchst unterschiedlich sein kann, dabei nicht erfaßt wird. Es wird auch immer eine doppelte Rangordnung vorgenommen, einmal nach Platzziffer von 1 bis 21 für jeden Indikator, ein anderes mal mit einem Punktesystem von 0 bis 10, über dessen Objektivität man sich weitere Ausführungen wohl ersparen kann.

Arbeitsmarktindikatoren und Performance

Die Ausdrucksweise über die Zusammenhänge ist in dieser Hinsicht eher vorsichtig gewählt. Bei der Subgruppe Arbeitsmarkt scheint die Lohnflexibilität ein Subziel für sich zu sein. Es ist hier davon die Rede (S. 18), daß mächtige Gewerkschaften und zentralisierte Lohnverhandlungen die Lohndifferenzierung erschweren und damit auch die Anpassung von Löhnen überhaupt an Produktivitätsänderungen. Flexibles Arbeiten und ein schwacher Kündigungsschutz erleichtern, heißt es, die Anpassung des Personalstandes eines Unternehmens an Nachfrageschwankungen. Flexible Arbeitsorganisation erhöht das Arbeitsangebot. Es wird also bei all diesen Indikatoren auf die maximale Bewegungsfreiheit für Unternehmens- und Managemententscheidungen abgestellt, ohne daß dies ausdrücklich als Ziel an sich deklariert wird. Gleichzeitig wird auch vermieden, eine Aussage zu treffen, daß all dies für die Beschäftigung gut wäre. Implizit wird aber dann doch zugegeben, daß ein hoher Beschäftigungsstand etwas Erstrebenswertes sein muß, da die negativ bewerteten „taxes and benefits" auch die Eigenschaft haben, die Beschäftigung zu reduzieren.

Paradox an der Arbeitsmarktanalyse der LB-Studie ist jedoch vor allem, daß die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts offenbar nur nach Instrumenten und Institutionen, nicht aber nach den dazu allgemein gängigsten Kriterien beurteilt wird: nämlich nach der Höhe der Arbeitslosenrate und der Beschäftigungsquote. Beide kann man nicht als marktfeindliche, sozialpolitischem Denken entspringende Zielgrößen bezeich-

Tabelle 1: Ranglisten der LB-Studie
Bewertung in Punkten von 0 bis 10 (Bestnote)

Preise und Wettbewerb			Arbeitsmarkt			Gesamtwertung		
Rang	Land	Punkte	Rang	Land	Punkte	Rang	Land	Punkte
1	USA	6,8	1	USA	6,8	1	USA	6,5
2	Neuseeland	6,3	2	Kanada	6,3	2	Kanada	5,9
3	Kanada	6,0	3	Großbritannien	6,3	3	Neuseeland	5,9
4	Großbritannien	5,8	4	Neuseeland	6,1	4	Großbritannien	5,8
5	Australien	5,8	5	Schweiz	5,8	5	Austrialien	5,4
6	Schweden	5,5	6	Australien	5,7	6	Schweden	5,3
7	Finnland	5,4	7	Irland	5,5	7	Schweiz	5,2
8	Irland	5,4	8	Japan	5,2	8	Irland	5,2
9	Niederlande	5,4	9	Spanien	4,8	9	Finnland	5,1
10	Belgien	5,0	10	Niederlande	4,6	10	Niederlande	5,0
11	Schweiz	4,8	11	Portugal	4,6	11	Dänemark	4,8
12	Frankreich	4,8	12	Deutschland	4,6	12	Japan	4,8
13	Spanien	4,7	13	Italien	4,6	13	Frankreich	4,7
14	Deutschland	4,7	14	Österreich	4,6	14	Norwegen	4,7
15	Norwegen	4,6	15	Norwegen	4,5	15	Deutschland	4,6
16	Dänemark	4,5	16	Frankreich	4,4	16	Belgien	4,6
17	Japan	4,2	17	Dänemark	4,3	17	Spanien	4,5
18	Portugal	4,1	18	Belgien	4,3	18	Österreich	4,5
19	Österreich	4,1	19	Finnland	4,3	19	Portugal	4,4
20	Italien	4,1	20	Schweden	4,2	20	Italien	4,2

Quelle: Lehmann Brothers (2001).

nen. Denn es läßt sich ganz marktwirtschaftlich argumentieren, daß ein Markt umso stärker im Gleichgewicht ist, je geringer die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage, welche sich für den Arbeitsmarkt direkt in Form der Arbeitslosenrate messen läßt. Dazu kann man natürlich die verschiedensten Einwendungen erheben und Differenzierungen anbringen, aber als Grobindikator für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes ist die Arbeitslosenrate jedenfalls heranzuziehen. Ein leicht verfügbarer zusätzlicher Indikator ist die Beschäftigungsquote. Die Fähigkeit eines Arbeitsmarktes, einem möglichst großen Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter tatsächlich auch Beschäftigung zu ermöglichen, ist einmal eine Zielsetzung für sich, darüber hinaus eine Kontrollmöglichkeit, ob sich nicht niedrige Arbeitslosigkeit und niedrige Erwerbstätigkeit kombinieren – dann würde zumindest ein Verdacht auf ein hohes Maß an „versteckter" Arbeitslosigkeit gegeben sein. Stellt man die Rangordnung der Länder für den Arbeitsmarkt aus der LB-Studie diesen beiden Indikatoren gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild.

Tabelle 2: Arbeitsmarkt

	Arbeitslosenrate 2000	Beschäftigungsquote 1999
USA	4,0	73,9
Kanada	6,8	70,1
Großbritannien	5,6	71,7
Neuseeland	6,0	70,0
Schweiz	2,0	79,7
Australien	6,6	68,2
Irland	4,5	62,5
Japan	4,7	68,9
Spanien	14,2	53,8
Niederlande	3,8	70,9
Portugal	4,2	67,3
Deutschland	8,3	64,9
Italien	10,8	52,5
Österreich	3,7	68,2
Norwegen	3,3	78,0
Frankreich	9,5	59,8
Dänemark	4,9	76,5
Belgien	8,5	58,9
Finnland	9,8	66,0
Schweden	5,9	72,9

Quellen: EU-Kommission, OECD Employment Outlook

Ein Spitzenplatz (nicht unbedingt der erste) für die USA erscheint gerechtfertigt. Hingegen haben Länder wie Kanada, Großbritannien, Neuseeland oder Australien nach den üblichen Arbeitsmarktindikatoren auf diesen vorderen Plätzen nichts zu suchen. Andererseits sind – von der Schweiz abgesehen – die Länder mit den niedrigsten Arbeitslosenraten Niederlande, Österreich, Norwegen und Portugal auf den hinteren Rängen zu finden. Alle diese Länder haben nicht nur niedrige Arbeitslosenraten, sondern auch hohe Beschäftigungsquoten, ebenso Dänemark, das erst an viertletzter Stelle zu finden ist. Auffallend, ja absurd ist, daß Spanien und Italien mit extrem hohen Arbeitslosenraten und niedrigen Beschäftigungsquoten, also mit fundamentalen Arbeitsmarktungleichgewichten, vor Österreich, Norwegen und Dänemark gereiht werden.

Was der LB-Rangordnung für den Arbeitsmarkt zugrunde liegt, läßt sich unschwer erkennen. Bei dieser Reihung wurden überwiegend Indikatoren berücksichtigt bzw. die Punkte so verteilt, daß die Länder mit der geringsten Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Unternehmungen in ihrer Beschäftigungspolitik am besten wegkommen. Abgesehen davon, daß dies für die Schweiz ein massives Fehlurteil darstellt, hätte die LB-Studie sich zumindest die Mühe machen müssen, die von ihr getroffene Reihung mit den hier gegenübergestellten *Performance*-Indikatoren von sich aus zu vergleichen. Dann wäre nämlich aufgefallen, daß jene Hypothese, welche die Autoren der LB-Studie gerne bestätigt hätten, eben nicht bestätigt wird: Ein möglichst freier Arbeitsmarkt führt nur in zwei Fällen (USA, Irland) zu einem zufriedenstellenden Ergebnis, in den anderen Fällen (Kanada, Großbritannien, Neuseeland, Australien) zu einem mittelmäßigen bis schlechten Ergebnis. Hingegen haben Länder mit relativ hochreguliertem Arbeitsmarkt wie Österreich, Dänemark, Niederlande, Norwegen eine zumindest gleich gute Arbeitsmarktperformance wie die USA. Andere Länder mit hochreguliertem Arbeitsmarkt wie Frankreich, Spanien, Finnland haben schlechte Arbeitsmarktdaten.[7] Die einzige Hypothese, die aus dieser empirischen Sicht plausibel erscheint, ist, daß sich mit höchst unterschiedlichen Methoden gleich gute Ergebnisse erzielen lassen, während ähnliche Politikansätze auch ganz unterschiedliche Ergebnisse produzieren. Offenbar ist nicht immer das, was für ein Land gut ist, auch in anderen anwendbar – gerade das wollen aber die gläubigen Vertreter des Wirtschaftsliberalismus nicht wahrhaben.

Preise und Wettbewerb

Die Rangordnung der LB-Studie in bezug auf Preise und Wettbewerb (siehe Tabelle 1) ist kaum nachvollziehbar. Geradezu abstrus ist es, daß die Schweiz als Land mit dem höchsten Preisniveau, der höchsten Konzentration im Einzelhandel und einer Unzahl von vor wenigen Jahren nicht einmal bekannten, da nicht meldepflichtigen Kartellen auf einem mittleren Platz gereiht ist, vor Deutschland und Österreich. Hier hat offenbar das alte Vorurteil zugeschlagen, nach welchem die Schweiz als traditioneller Hort des politischen Liberalismus oft auch in wirtschaftlicher Hinsicht als liberal angesehen wird. Dieses Vorurteil beruht wahrscheinlich auf dem Umstand, daß die Schweiz fast immer einen liberalisierten Kapitalverkehr hatte, auch zu Zeiten, wo andere Länder sich das nicht leisten konnten. Was die Wettbewerbsverhältnisse auf den meisten Schweizer Märkten betrifft, ist dieses Vorurteil unbegründet.

Eine Gegenüberstellung mit einfach verfügbaren Indikatoren wie das Verhältnis von Preisen und Kaufkraftparitäten oder Zunahme der Verbraucherpreise über eine längere Periode ist jedoch wegen der Komplexität der Zusammenhänge (erhöht durch Wechselkursänderun-

gen, unterschiedlicher Zusammenhang zwischen Produktivitätssteigerung und Inflation) nicht ohne ausführliche Kommentierung möglich, so daß hier von einer detaillierten Kritik dieses Sammelindikators Abstand genommen wird.

Beurteilung der Gesamtperformance

Abschließend wird noch auf den Gesamtindikator, der wiederum aus dem Durchschnitt der drei Subgruppenindikatoren gebildet wird, eingegangen. Entsprechend der Erklärung der Herausgeber im Vorwort, was durch die 400 Indikatoren letztlich erklärt werden soll, nämlich wie die Wirtschaftspolitik die makroökonomische *Performance* verbessern kann, wird in Tabelle 3 die Reihung nach dem Gesamtindikator der LB-Studie mit dem wichtigsten und gängigsten Indikator für makroökonomische *Performance*, nämlich dem BIP pro Einwohner in seiner längerfristigen Entwicklung, verglichen. Bezeichnenderweise findet sich in der LB-Studie auch diese Gegenüberstellung nicht. Der Einfachheit halber wurde Österreich, das im EU-Vergleich eine überdurchschnittliche *Performance* hat, als Maßstab genommen und die Veränderung der entsprechenden Indexzahlen zwischen 1990 und 1999 berechnet. Von den in der Rangordnung enthaltenen 20 Ländern haben 8 im Verhältnis zu Österreich eine bessere Entwicklung des BIP pro Kopf, davon 3 Länder, die aus einer niedrigeren Position aufgeholt haben. Auch bei diesem Gesamtindikator kann man den Spitzenplatz für die USA durchaus begründen, da sie als Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen bereits im Jahr 1990 diesen Abstand noch weiter erhöhen konnten. Die übrigen vorderen Plätze auf der Rangliste finden in der tatsächlichen makroökonomischen *Performance* keinerlei Begründung, sondern sind ein Beleg dafür, daß die wirtschaftsliberalen Vorurteile, die dieser Rangordnung zugrunde liegt, in die Irre führen. Länder mit ausgeprägt wirtschaftsliberaler Politik wie Großbritannien und Neuseeland haben eine schwache *Performance*. Im Fall Großbritanniens ist dies ein umso größeres Schwächezeichen, als Großbritannien in den siebziger Jahren stark zurückgefallen war und nicht einmal das Aufholpotential aus diesem Zurückfallen realisieren konnte, sondern im Gegenteil in den neunziger Jahren wieder ein schwaches Wirtschaftswachstum hatte. Abstrus ist der dritte Platz für Neuseeland, das Lieblingsobjekt der Wirtschaftsliberalen. Obwohl bis 1990 (nach der wirtschaftspolitischen Wende 1984) von einer ursprünglich sehr guten Position weit zurückgefallen, hat sich der Abstand Neuseelands bis 1999 weiter empfindlich vergrößert. Ein ärgeres Debakel für einen wirtschaftspolitischen Kurs, welcher nun schon siebzehn Jahre Zeit für seine Bewährung hatte, ist wohl kaum denkbar. Dennoch übersehen nicht nur Studien von Schlage der LB-Studie dieses Versagen konsequent, sondern auch die OECD fordert Neuseeland unverdrossen zum „Weitermachen" mit seinem Katastrophenkurs auf.

So ist auch hier das Ergebnis, daß – wie beim Arbeitsmarkt – dem LB-Indikator keine Erklärungskraft für die gesamtwirtschaftliche *Performance* zukommt. Ähnlich wie beim Arbeitsmarkt zeigt sich, daß unterschiedliche wirtschaftspolitische Regimes sowohl gute als auch schlechte Resultate produzieren. Die beobachtete Entwicklung – naturgemäß immer in der Vergangenheit – ist der einzige Test für die Richtigkeit von Aussagen und Prognosen, aber seltsamerweise kommen alle die Studien von Schlage der LB-Studie nicht auf die Idee, diesen in einer ersten, groben Form recht einfachen Plausibilitätstest zu machen.

Statt dessen wird immer wieder behauptet, daß aus historischen Daten gewonnene Parameter nur für die Vergangenheit gelten, in der Zukunft aber vieles

Tabelle 3: Relative BIP Pro-Kopf-Entwicklung, Österreich = 100

	1999	1990	Veränderung gegenüber Österreich
USA	138	133	+
Kanada	105	109	-
Neuseeland	73	80	-
Großbritannien	91	95	-
Australien	99	95	+
Schweden	94	102	-
Schweiz	118	127	-
Irland	102	68	+
Finnland	93	97	-
Niederlande	102	96	+
Dänemark	107	99	+
Japan	100	107	-
Frankreich	90	104	-
Norwegen	112	105	+
Deutschland	96	96	unverändert
Belgien	99	100	-
Spanien	74	71	+
Österreich	100	100	unverändert
Portugal	67	56	+
Italien	89	97	-

Quelle: OECD, EU-Kommission

anders sei, was durch die Strukturindikatoren angeblich besser erfaßt würde. Dasselbe wurde allerdings auch vor zehn Jahren schon behauptet, als ähnliche Ranglisten von diesen Instituten produziert wurden, verbunden mit der Prognose, bei dieser Wirtschaftspolitik liege der Schlüssel zu einer guten *Performance*. Großbritannien wartet trotz des Regierungswechsels noch immer darauf, daß sich diese Hoffnung erfüllt. In Neuseeland wurden jedoch aus dem Versagen der wirtschaftsliberalen Politikrezepte bereits Konsequenzen gezogen: siebzehn Jahre (Nahezu-)Stagnation sind offenbar genug.

„Austromasochismus"

Der Resonanzboden für die Standortranglisten á la IMD, WEF, LB sind nicht die Ökonomen, sondern die Medien, die darin eine Quelle für – scheinbar – konkret-handfeste Aussagen und Schlagzeilen haben, und die Schichte der Manager und der unternehmerischen Führungskader. Letztere finden in den obskuren Konstrukten für das in diesen Kreisen weit verbreitete nationalökonomische Weltbild jene Bestätigung, welche die Schulökonomie beharrlich verweigert. Damit könnte man sich als Ökonom nolens-volens abfinden, wenn die

Problematik nicht auch noch eine spezifisch österreichische Dimension hätte – den Austromasochismus.

In kaum einem Land von vergleichbarer Wirtschaftskraft und internationaler Wettbewerbsfähigkeit haben die sog. „Wirtschaftskreise" eine ähnliche Neigung zur Unterschätzung und Herabsetzung der eigenen Position. Obwohl die austromasochistischen Vorurteile seit Jahrzehnten durch die reale Entwicklung widerlegt werden,[8] sind in Unternehmer- und Managerkreisen Skepsis und Unglauben gegenüber Statistiken, welche die Stärke und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft belegen, weit verbreitet. Für die Vertreter solcher Auffassungen sind die relativ schlechten Bewertungen, die Österreich durch die Standortranglisten meistens bekommt, gute Nachrichten, welche die pessimistischen Vorurteile bestätigen.

Der Austromasochismus hat auch durch die Propaganda der jetzigen Bundesregierung neuen Auftrieb bekommen, die gern zu Phrasen wie „katastrophales wirtschaftspolitisches Erbe", „Abstiegskandidat", „europäisches Schlußlicht" und dgl. Zuflucht nimmt, um ihre Botschaften suggestiv zu „argumentieren". Der internationalen Reputation Österreichs ist dies sicher nicht förderlich – keine deutsche Bundesregierung etwa hat sich ähnlicher Argumentationsmittel bedient. Nicht zu übersehen ist dabei auch, daß mit diesem Argumentationsstil die Infantilisierung der wirtschaftspolitischen Debatte gefördert wird – statt der angeblich angestrebten „Modernisierung".

Sicherlich besteht andererseits eine gewisse Gefahr auch in einer Selbstglorifizierung, in Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit, die dazu führen kann, daß Veränderungen nicht adäquat registriert werden. In Österreich dominiert aber eindeutig die gegenteilige Tendenz, für welche die diversen Ranglisten laufend instrumentalisiert werden. Nach nun schon 45 Jahren Austromasochismus stellt sich umso dringender die Frage: Wann wird die veröffentlichte Meinung Österreichs zu einer realistischen Selbsteinschätzung der Wirtschaftskraft des Landes kommen?

Anmerkungen

[1] EU-Kommission (2000).

[2] FORMAT 17 (23. 4. 2001) „Das EU-Zeugnis für Österreich".

[3] Für eine kritische Analyse von Methode und ideologischem background solcher Untersuchungen siehe: Bellak, Winkelhofer (1997).

[4] Siehe Gwartney u.a. (1995) VII (Vorwort von Milton Friedman).

[5] Lehman Brothers (2001).

[6] „Non-accelerating wage rate of unemployment", analog zur NAIRU (non-accelerating inflation rate of unemployment).

[7] Die Rangordnungen der Länder nach der Arbeitslosenrate bzw. nach der Beschäftigungsquote sind nur in sehr geringem Ausmaß mit der Rangordnung des LB-Arbeitsmarktindikators korreliert: Der Rangkorrelationskoeffizient beträgt jeweils nur 0,24.

[8] Kausel (1996). Auch Bellak/Winkelhofer (1997) stellen in ihrem Artikel fest, daß „die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ... von einem *negativem Unterton* geprägt (ist), der den drohenden oder tatsächlichen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit beklagt" (S. 535).

Literatur

Bellak, Christian; Winkelhofer, Richard, Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Wirtschaftspolitischer (Un)Sinn von Ländervergleichen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 23/4 (1997) 535-561.

EU-Kommission, Strukturindikatoren (= KOM (2000) 594 endgültig).

Gwartney, James; Lawson Robert; Block, Walter, Economic Freedom of the Word 1975-1995 (The Fraser Institute, Vancouver 1995).

Kausel, Anton, 40 Jahre „Austromasochismus" – eine ernüchternde Bilanz, in: Finanznachrichten 41 (1996).

Lehman Brothers, Citius, Altius, Fortius – Faster, Higher, Stronger (15. März 2001).